

Rede

# "Problemlage aus Sicht der Energiewirtschaft"

Fachkonferenz von DGB und Hans-Böckler-  
Stiftung "Finanzierung des Energieumstiegs -  
Rahmenbedingungen und innovative Ansätze"

Berlin, 11. Oktober 2012



## Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Ich freue mich sehr, dass der DGB in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Veranstaltung zu diesem Thema, nämlich der Finanzierung der Energiewende, organisiert. Es ist ein wichtiges, oftmals nicht ausreichend beachtetes Thema, das für das Gelingen der Energiewende von großer Bedeutung ist.

Ich kann das guten Gewissens sagen, weil auch der BDEW in diesem Jahr zu dem Thema eine Veranstaltung durchgeführt hat. Bei uns hieß das im Mai „Energiewende braucht Investitionen – Kreativität und Regulatorungsbedarf in Zeiten des Umbaus“. Und ich will Ihnen kurz darlegen, was unsere Beweggründe dabei waren.

Da ist zum einen der immens hohe Investitionsbedarf für das, was wir uns unter der Überschrift „Umbau der Energieversorgung – hin zu einem System, in dem die Erneuerbaren Energien die tragende Säule sein können“ vorgenommen haben.

Das BMU und auch das DIW gehen bis 2020 für Deutschland von einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 200 Mrd. € aus. UniCredit beziffert das Investitionsvolumen bis 2030 auf 335 Mrd. €, bzw. 550 Mrd. € bis zum Jahr 2050. Beim BDEW haben wir ein Investitionsvolumen allein für die Verteilernetze bis 2020 von 25 Mrd. € errechnet. Und Herr Oettinger,

der sich ja um diesen Umbau in ganz Europa kümmern muss, spricht von einer Billion € bis zum Jahr 2020.

In der Summe würde all das bedeuten, dass in Deutschland in den kommenden Jahren gut 20 Mrd. € jährlich in Erneuerbare Energien, konventionelle Kraftwerke, Netze, Speicher, energieeffiziente Gebäude und alternative Antriebe investiert werden müssen, wenn die energie- und klimapolitischen Ziele erreicht werden sollen.

Keine Frage, diese gigantischen Summen klingen noch viel spektakulärer als sie am Ende sind. Dennoch: Jemand, für den ich lange Jahre gearbeitet habe, würde sagen „da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen, dass das eine ziemliche Herausforderung ist“. Und dass es um die Beschaffung dieses Geldes einen heftigen Konkurrenzkampf geben wird.

Unser Blick auf dieses Thema war auch davon geprägt, dass die Finanzkrise, die gegenwärtige Situation der Banken und die damit verbundenen Debatten um Solvency II und Basel III zu Umbrüchen im Finanzsektor führen könnten/werden, die für ein gesichertes Investitionsklima nicht eben gerade förderlich sind. Davon sind kleine wie große Energieversorger, Versicherungen, Banken, Projektierer und alle, die in diesem Bereich tätig werden wollen, betroffen.

Auch der Umbruch, den die großen vier Energieversorger zu bewerkstelligen haben, zeigt, dass die Zurverfügungstellung von großen Finanzsummen für Investments in die Energiewende nicht gerade erleichtert wurde in den vergangenen Jahren. Herr Ott ist auf den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau bereits eingegangen.

Last but not least hat uns beschäftigt, dass vielerorts von Investitionen in die Energiewende gesprochen wird, allzu oft damit aber lediglich Investi-

tionen in Wind und Sonne gemeint sind. Diese Investitionen sind aber bei weitem nicht alles, was für die Energiewende, so wie wir sie verstehen, erforderlich ist.

Ganz im Gegenteil: Wenn alles irgendwie zur Verfügung stehende Geld einfach nur der höchstmöglichen Rendite folgen würde – wer würde denn dann noch dafür Sorge tragen, dass es einen Aufbau der Energieinfrastruktur gibt, der dafür sorgt, dass die einzelnen Räder auch ineinandergreifen? Investitionen in Sonne und Wind müssen Investitionen in die Netzinfrastuktur mit sich ziehen. Und in Speichertechnologien. Und natürlich auch in Kraftwerke, in Backup-Kapazitäten. Ohne eine vernünftige Verzahnung dieser Prozesse kann es auch sein, dass viel Geld viel Schaden anrichtet. Eine gewisse Reihenfolge, sozusagen Sinn und Verstand, ist schon erforderlich.

Ich will auf den einen oder anderen Punkt gleich etwas ausführlicher eingehen.

Meine Damen und Herren,

wenn man mit Blick auf die Energiewende über Geld redet, muss man meines Erachtens einige Unterscheidungen vornehmen.

- Thema Kosten – wie teuer wird die Energiewende und wie können wir die Kosten so gering wie möglich halten?
- Thema Finanzierung – welche Rahmenbedingungen sind erforderlich, damit Investitionen zur Verfügung gestellt werden können?

- Thema Verteilung der Kosten, also Lasten – wie wird die Verteilung der Kosten geregelt? Eine Frage übrigens, die einfacher zu beantworten wäre, wenn der gewählte Pfad mit Sicherheit auch der kosteneffizienteste wäre.
- Thema ökonomische Rahmenbedingungen – wie wird sich am Ende der Strommarkt verändern müssen, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen für alle erforderlichen Teile so sind, dass diese auch am Markt bestehen können. Die Debatte um den konventionellen Kraftwerkspark ist da vor allem zu nennen.

Über all die Punkte könnte und muss man lange reden und natürlich gibt es zwischen all den Aspekten auch Verbindungen. Heute soll es aber vor allem um die Finanzierung an sich gehen.

Doch wenn man an einem 11. Oktober auf einer Veranstaltung zur Finanzierung der Energiewende spricht, also über Geld, dann kann man an dem Thema EEG-Umlage nicht einfach vorbei gehen. Ganz sicher, es ist das zur Zeit am heißesten diskutierte Thema in der Energiepolitik.

In vier Tagen werden die Übertragungsnetzbetreiber mitteilen, wie hoch die EEG-Umlage im kommenden Jahr sein wird und – so viel weiß man schon – es wird ein gewaltiger Sprung, der da auf die Stromkunden, die nicht von Ausnahmen profitieren, zukommen wird.

Einige schauen auf ihr eigenes Budget und sagen „fünf € mehr pro Monat, was ist das schon“.

Man kann aber auch darauf hinweisen, dass über die EEG-Umlage im kommenden Jahr über 20 Mrd € pro Jahr über die Stromrechnung umverteilt werden. Eine Summe, immerhin mehr als doppelt so hoch wie der

Länderfinanzausgleich. Immerhin ungefähr das, was im Bundeshaushalt 2012 für Bildung, Forschung und Familie zusammen ausgegeben wird.

Eine Umverteilung die natürlich Spuren hinterlässt. Zwischen den Bundesländern, zwischen Eigentumsbesitzern und Landwirten einerseits und Mietern in Städten wie Berlin, aber auch nicht-Umlage-befreiten Industrie- und Gewerbe-Unternehmen andererseits.

Man kann sich auch mal die Mühe machen, auszurechnen, wie eigentlich in den jeweiligen Bundesländern die EEG-Umlage aussehen würde, wenn jedes Bundesland eine eigene Berechnung vorzunehmen hätte und was ein Land wie Berlin oder auch NRW mit all den Geldern, die in andere Länder fließen, energiepolitisch alles hätte machen können. Das alles würde schnell zeigen, dass es Anlass zur Sorge gibt, dass die Art, wie wir die Kosten für den Umbau der Energieversorgung verteilen an Grenzen kommt oder bereits gekommen ist.

Ich will Ihnen hier nicht die Debatte um die hohe EEG-Umlage wiedergeben – ggfls. werden wir in der Diskussion später noch dazu kommen – aber Auswirkungen auf das Thema der heutigen Veranstaltung und das Gelingen der Energiewende hat das alles schon. Bei aller Unterstützung der Ziele der Energiepolitik, die wir bei unseren Kunden auch wahrnehmen, die Sorgen und der Ärger über die steigenden Preise wird uns gegenüber lautstärker vorgetragen.

Was aber natürlich niemanden nützt, ist eine ungesteuerte Debatte über eine EEG-Umlage, die am Ende das ganze Projekt in Misskredit bringen könnte. Bei aller berechtigten Kritik an der hochschießenden EEG-Umlage, man muss an dieser Stelle auch zur Vorsicht mahnen. Wenn die Debatte aus dem Ruder läuft, dann werden viele Dinge, die eben auch

was mit Finanzierung der Energiewende zu tun haben, nicht mehr möglich sein.

Ich will ein paar Beispiele nennen:

### **Beispiel Offshore**

Zur Zeit wird heftig über die Frage diskutiert, wie das Wirr-War im Bereich Offshore-Windenergie entflochten werden kann. Ein Vorhaben von außerordentlich hoher Relevanz für das Gelingen der Energiewende, so zumindest unsere Auffassung. Das, was dort vereinbart werden soll, hat natürlich ebenfalls etwas mit Geld zu tun. Es geht am Ende auch darum, das Haftungsrisiko so zu definieren, dass es dennoch möglich ist, Investoren für diese immer noch neue Technologie zu finden. Und das wiederum führt zu Kosten, die jemand tragen muss. Wenn wir aber nun jegliche entstehende Kostensteigerung im Bereich EEG und/oder Netzentgelten diskreditieren, dann werden wir hier nicht voran kommen und das wäre eine schlechte Nachricht

### **Beispiel Netze**

Ein anderes Beispiel: Wir alle wissen, dass die Energiewende einen erheblichen Ausbau der Netze mit sich bringen wird, bringen muss. Der Übertragungsnetze und der Verteilnetze, übrigens in Teilen auch im Bereich Gas. Hier bedarf es einer klugen Regulierung, die Investoren nicht verschreckt und – insbesondere im Verteilnetz – Innovationen auch ermöglicht. Wir fordern diese Reformen in der Anreizregulierung mit gro-

ßem Nachdruck. Übersetzt heißt das allerdings auch, die Netzentgelte werden steigen müssen. Auch hier werden wir also die Bereitschaft brauchen, Kostensteigerungen zu akzeptieren, um Investitionen zu ermöglichen.

### **Beispiel Planungssicherheit**

Und ein drittes wenn auch zwiespältiges Beispiel. Angesichts all der Unsicherheiten in der gegenwärtigen Situation ist das EEG noch das Instrument, das – so weit ist es bereits gekommen – am ehesten für Planungssicherheit bei Investitionen in der Energiewirtschaft sorgt. Das EEG hat in der Vergangenheit ausufernde Effekte gehabt, aber das Kind mit dem Bade auszuschütten muss nicht unbedingt der richtige Weg sein.

Kurzum: Die Debatte über die Kosten, das EEG und auch die Netzentgelte ist berechtigt. Aber sie muss vor allem dafür sorgen, dass nun Entscheidungen in Richtung Kosteneffizienz und Abstimmung zwischen Bund und Ländern einerseits und Synchronisierung des Ausbaus der Netze und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien andererseits erfolgt.

Meine Damen und Herren,

zurück zum eigentlichen Thema der heutigen Veranstaltung:

Die Finanzierung der Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gemeinsam von Unternehmen, Banken, Investoren, öf-

fentlicher Hand und Bürgern bewältigt werden kann.

Um die Vorgaben zu erfüllen, die zur Bereitstellung der benötigten Investitionsvolumina erforderlich sind wird die klassische Kreditfinanzierung zukünftig nicht mehr ausreichen. Es werden ganz sicher neue Finanzierungsquellen- und Instrumente erschlossen werden müssen.

Schaut man sich mal die großen EVU an, dann sieht man: Ihre Kapitalkraft ist gegenwärtig geschwächt, der Marktwert und damit die Verschuldensfähigkeit gesunken. Als Reaktion darauf erfolgen zunächst einmal Desinvestitionen, freie Mittel werden eher im Aus- als im Inland investiert. Die traditionelle Finanzierung durch die EVU wird also nicht reichen, um die erforderlichen Mittel aufzubringen. Aber wir müssen ein Interesse daran haben, dass diese Unternehmen im Spiel bleiben können. Das sollten wir bei der Ausgestaltung der Energiepolitik berücksichtigen.

Auch die Ausgangssituation der Stadtwerke hat sich geändert: Zwar verfügen die Regionalunternehmen und Stadtwerke teilweise über überdurchschnittliche Eigenkapitalquoten und auch über ein hohes Engagement für die Ziele der Energiewende. Die Liquidität ist allerdings oftmals durch Investitionen in bestehendes Vermögen und durch hohe Ausschüttungsquoten „belastet“.

Und auch die Finanzwirtschaft steht vor Herausforderungen. Basel III und Solvency II sind hier entscheidende Stichworte.

Dennoch: Es klemmt zwar bei der Finanzierung, aber es gibt keine Kreditklemme. Das mag vielleicht wie ein Widerspruch klingen, kann man aber doch erklären, wenn man sich die Situation genauer anschaut.

Zunächst: Der „Risikozuschlag“ für Investitionen in die Energiewende erhöht sich durch politische und regulatorische Unsicherheiten. Insbesondere mangelt es an verlässlichen Rahmenbedingungen, die – wie Sie alle wissen - wichtigste Voraussetzung für Investitionsbereitschaft sind.

Allein letztes Jahr gab es 18 neue Gesetze und Verordnungen, die direkte Auswirkungen auf dem Umbau der Energieversorgung hatten. Die Sorge vor der „Sprunghaftigkeit“ politischer Entscheidungen wächst und ist Gift für die notwendige Planungssicherheit. Sie lässt eine belastbare Risikoeinschätzung aktuell nicht zu. Abrupte, politische Richtungsänderungen können also Investitionen durchaus über eine längere Phase verhindern. Ein weiteres, leider ganz aktuelles Beispiel, ist das, was die Bundesregierung gegenwärtig im Kraftwerksbereich gedenkt zu tun. „Notgesetze“ und „Abschaltverbote“ - so schreibt die Presse nicht zu unrecht darüber – haben noch nie Investoren ermuntert tätig zu werden.

Erst ein verlässlicher und konsistenter Fahrplan sowie eine bessere Koordination der einzelnen Vorhaben wirken sich positiv auf Investitionsentscheidungen aus. Es gibt aber Grund zur Klage darüber, dass genau das gegenwärtig nicht wirklich erkennbar ist. Und das liegt übrigens nicht nur am Bund.

Auch bei der Förderung der Erneuerbaren, die eine garantierte Einspeisevergütung sowie den Vorrang der Einspeisung aus erneuerbaren Quellen für 20 Jahre genießen läuft nicht alles rund, denn der „Risikozuschlag“ für den Bau und Betrieb vor allem neuer Technologien ist nicht zu unterschätzen. Die Versicherungswirtschaft zum Beispiel wird nur Risiken übernehmen die sie kennt und einschätzen kann. Aber nur mit den eingespielten Technologien werden wir nicht das Ziel erreichen.

Gerade bei den eingespielten Technologien muss man im Gegensatz stärker auf Kosteneffizienz achten und Überförderung verhindern.

Dass sich im Übrigen aus dem zunehmenden Einsatz Erneuerbarer Energien und der vorrangigen Einspeisung grünen Stroms verringerte Einsatzzeiten der konventionellen Kraftwerke und damit geringere Erlöse ergeben führt dazu, dass es momentan äußerst schwer ist, unter diesen Voraussetzungen Investitionen in den Bau konventioneller Kraftwerke zu generieren. In der Folge werden Anlagen unrentabel und abgeschaltet: Betriebswirtschaftlich richtige Entscheidungen der einen haben dann volkswirtschaftlich unerwünschte Effekte.

Zusätzlich zur Regulierung der Energiemärkte erschwert die Finanzkrise und die damit verbundene Unsicherheit im Finanzmarkt und die verschärfte Bankenregulierung die Finanzierung von Energieprojekten.

Zum einen soll mit Regelungen wie Basel III oder Solvency II die Stabilität der Finanzmärkte gestärkt werden. Gleichzeitig verhindert die damit verbundene hohe Verpflichtung von Eigenkapitalbindung die Investitionsbereitschaft. Vor dem Hintergrund der Neuregelungen Basel III und Solvency II sowie einer zunehmenden Zurückhaltung der Banken bei der Vergabe großer Tranchen können zukünftige Entwicklungen heute schwer abgesehen werden.

Basel III erhöht die Eigenkapital- und Refinanzierungskosten bei den Banken, dadurch entsteht eine veränderte und erschwerte Refinanzierungssituation, aus der sich eventuell Änderungen bei der Praxis der Kreditvergabe ergeben:

Investitionsvorhaben, die wirtschaftlich, risikoseitig gut prognostizierbar, und/oder durch Versicherungen abgedeckt sind, und deren Auftraggeber über eine gute Bonität verfügen, sind grundsätzlich für eine Fremdfinanzierung geeignet. Andere aber eben nicht.

Ein anderes Problem ist die Einteilung in sogenannte „Assetklassen“. Wenn es stimmt, was Herr Sandhövel als CEO der Allianz Climate Solutions in einem Interview gesagt hat, nämlich dass gemäß Solvency II Investitionen in erneuerbare Energien nach dem Standardmodell mit 49 Prozent Eigenkapital unterlegt werden muss und das in etwa die Risikokategorie einer Internet-Aktie in einem Entwicklungsland entspricht, dann kann man glaube ich mit Zuversicht sagen, dass hier etwas falsch läuft.

Darüber hinaus werden sich die Transparenzanforderungen erhöhen, Fragen der Bonität oder eines Rating müssen beantwortet werden und beeinflussen zunehmend die Kreditvergabe, gerade auch bei kommunalen Unternehmen.

Was ist also zu tun?

Bei allen Schwierigkeiten nimmt die Bereitschaft für neue Kooperationen zu. Und zwar innerhalb der Branche – zwischen kleinen und großen Unternehmen – aber auch branchenübergreifend. Wir stellen gegenwärtig fest, dass es ein erhebliches Interesse an einem Austausch zwischen den verschiedenen Branchen – Energiewirtschaft, Finanzwirtschaft, Herstellerindustrie und so weiter – gibt. Angesichts des sehr hohen Investitionsbedarfs wird eben mehr und mehr deutlich, dass die begrenzten Budgets und Rahmenbedingungen der Akteure ein wichtiger Engpass für die regionale Energiewende sind.

Ein weiteres Beispiel für die neu entstandene Kreativität sind die Bürgerbeteiligungsmodelle/Genossenschaftsmodelle. In den letzten Jahren wurden durch neu gegründete Energiegenossenschaften 800 Mio. € in Erneuerbare Energien investiert, auch mit dem Gedanken, dass die Wertschöpfung vor Ort verbleibt und aus Betroffenen Beteiligte werden. Das ist ein guter Ansatz, den auch viele unserer Unternehmen zunehmend mit Erfolg ausprobieren. Und weitere Überlegungen auch in der Politik finden statt. Zum Beispiel bezüglich des Netzausbaus. Doch auch hier muss man sagen, dass 800 Millionen € in den vergangenen Jahren zwar ein schöner Erfolg sind, angesichts der Summen, über die wir hier sprechen wird aber schnell klar, dass es sich dabei nur um einen Tropfen auf dem heißen Stein – oder sagen wir mal um eine kleine Pfütze – handeln kann. Für die Akzeptanz der Energiewende insgesamt kann das aber ein wichtiger Beitrag sein.

Darüber hinaus gibt es auch Programme von Investitionsbanken, die mit dem Ziel aufgelegt werden, die Finanzierung der Projekte der Energiewende zu ermöglichen. Dabei denke ich z.B. an den „KfW-Aktionsplan Energiewende“, mit dem es den BDEW-Mitgliedsunternehmen ermöglicht wird, ihren Beitrag z.B. im Rahmen des KfW-Energieeffizienzprogrammes oder des KfW-Programmes Erneuerbare Energien zu leisten. Wir arbeiten als Verband eng mit der KfW zusammen, damit unsere Mitgliedsunternehmen über die jeweiligen Förderprogramme und Bedingungen gut informiert sind.

Neben der Einforderung einer angemessenen Bankenbeteiligung sollten auch potentielle Eigenkapitalgeber stärker in den Blick genommen werden. Das Ziel muss sein, die Risiken auf vielen Schultern zu verteilen. So könnte Eigenkapital mit strukturierten Fremdkapitalfinanzierungen ge-

bündelt werden. Neuartige Infrastrukturprojekte brauchen in der Regel einen substantiellen Anteil an Eigenkapitalfinanzierung. Bei Investitionsobjekten wie Offshore-Windkraftanlagen oder neuen Stromtrassen bietet es sich zum Beispiel an, Private Equity (PE) oder weitere institutionelle Anleger verstärkt mit einzubeziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

externen Finanzierern fehlen oft auch die einschlägigen Informationen und Kenntnisse, um eine hinreichende Einschätzung des Risikos der Vorhaben vornehmen zu können. Das trifft in besonderem Maße zu, wenn keine ausreichende Datenhistorie verfügbar ist und wenn ein Großteil der Aufwendungen in laufende Personal- und Sachmittel fließt, die nicht als Sicherheiten für Kredite hinterlegt werden können. Wir werden uns also alle miteinander stärker über die Funktionsweisen im Energiemarkt austauschen müssen, damit die Grundalgen für Investitionsentscheidungen besser verstanden werden können.

Ich möchte aber auf einen weiteren, ganz konkreten Punkt zu sprechen kommen der für alle Investoren -Banken, Versorger, Versicherungen - gilt:

Brüssel unterbindet im Rahmen des so genannten „Unbundling“ das gleichzeitige Investment in Energieerzeugung und in Netze. Diese Regelung trifft auch Finanzinvestoren. Wenn in beide Bereiche investiert wird, werden die Finanzinvestoren rechtlich ebenfalls zu Energieversorgungsunternehmen. Damit ist in der Folge enormer buchhalterischer und rechtlicher Entflechtungsaufwand verbunden. Hier muss eine Unterscheidungsregelung zwischen „echten“ Energieversorgungsunternehmen und reinen Investoren gefunden werden, um ein weiteres Hemmnis für Inves-

titionen abzubauen. Die Gespräche hierzu laufen, das Problem ist erkannt. Aber die Gespräche laufen und laufen und laufen. Eine zeitnahe Entscheidung wäre hier sicher hilfreich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Zusammenhang werde ich oft gefragt, wie sich der BDEW das zukünftige Marktdesign vorstellt. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern diskutieren wir verschiedene Möglichkeiten und setzen uns mit unterschiedlichen Vorschlägen auseinander. Neben der Frage, wie die erneuerbaren Energien Verantwortung für die Versorgungssicherheit übernehmen können, ist aus unserer Sicht noch nicht abschließend geklärt, ob ein umfassender Kapazitätsmechanismus in Zukunft notwendig sein wird. Aber wir müssen uns angesichts langer Vorlaufzeiten intensiv damit befassen. Schnellschüsse allerdings sollten vermieden werden.

Der Einführung von konkreten Instrumenten muss eine Diskussion über die zu lösenden Probleme im Zeitablauf und über das Marktmodell der Zukunft vorgeschaltet sein, das sich nicht nur auf die Vorhaltung thermischer Kraftwerkskapazitäten in Ergänzung zur stetig ansteigenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien beschränken darf und auch den europäischen Energiebinnenmarkt in den Blick nehmen muss.

Was wir brauchen, sind zunächst Lösungen für eine stabile Energieversorgung in den kommenden Wintern. Anders als in oft sehr langfristig angelegten Modellen, müssen sehr rasch pragmatisch umsetzbare Brückenlösungen gefunden werden. Und da ist unsere Devise, so viel Markt und Wettbewerb wie möglich und so wenig Notgesetze mit Zwangsregulierung wie nötig. Denn auch politische Eingriffe in das bestehende

Marktsystem verunsichern Investoren. Wir haben mit der Strategischen Reserve einen sehr konkreten Umsetzungsvorschlag dazu gemacht.

Fazit: Die Herausforderungen sind also enorm. Es gilt die Kosten im Auge zu behalten, die gesellschaftliche Akzeptanz der Vorhaben ist keineswegs gesichert und die Frage der Planungssicherheit lässt sich nur unter Einbeziehung realistischer Ziele erreichen.

Es sind erheblich Investitionen notwendig, wenn uns der Umbau der Energieversorgung in Deutschland gelingen soll. Dazu brauchen wir Planungssicherheit, Transparenz, Akzeptanz und eine bessere Kommunikation, ein besseres Verständnis über die Branchen hinweg, die Missverständnisse vermeiden und Investitionen heben hilft.

Neue Quellen können erschlossen werden, fordern aber eine Anpassung der Strukturen sowie stabile Rahmenbedingungen.

Wenn man sich allerdings die Historie der Investitionen in den Energiesektor anschaut, dann stellt man fest, dass es immer wieder Zeiten hoher Investments und Zeiten weniger hoher Investitionen gegeben hat. Es kann also auch diesmal wieder gelingen. Und daran sollten wir alle miteinander ein großes Interesse haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.